

Der mediale Diskurs über die EU-Osterweiterung

Europäisierung der deutschen Medienöffentlichkeit am Beispiel zweier Qualitätszeitungen

Ines Engemann

Der Beitrag untersucht den Europäisierungsgrad in der Welt und der Frankfurter Rundschau am Beispiel der EU-Beiträge Polens und Tschechiens im Mai 2004 sowie Rumäniens und Bulgariens im Januar 2007. Anhand einer Argumentanalyse des medialen Beitrittsdiskurses wird Europäisierung als prozessuales, graduelles und multidimensionales Phänomen empirisch beschrieben. Das zugrunde gelegte Öffentlichkeitsmodell berücksichtigt unterschiedlich anspruchsvolle Informationsebenen des Beitrittsdiskurses. Neben „medialer Sichtbarkeit“ liegt der Analyseschwerpunkt auf den voraussetzungsreicheren Diskursebenen „diskursiver Interaktion“ und „diskursiver Qualität“. Die Ergebnisse bestätigen punktuell einen zunehmenden Europäisierungsgrad auf einer Teildimension „medialer Sichtbarkeit“, nicht aber für „diskursive Interaktion“ und „diskursive Qualität“. Auf der Deutungsebene bestehen sowohl im Vergleich der Beitrittszeiträume als auch der untersuchten Zeitungen Unterschiede, während sich Meinungen zu den Beitritten einzelner Kandidatenländer über die untersuchte Zeitspanne nicht verändern. Zudem gibt es Hinweise darauf, dass die europäisierte Öffentlichkeit in Deutschland ideologisch segmentiert ist.

Schlagwörter: Europäisierung, deutsche Medienöffentlichkeit, Argumentanalyse, EU-Osterweiterung, EU-Beitritt, Presseberichterstattung

1. Problemstellung

Der Europäische Rat beschloss 1998, Beitrittsverhandlungen mit sechs Staaten zu beginnen, unter ihnen Polen und Tschechien. Bereits ein Jahr später folgte der Beschluss, Verhandlungen mit sieben weiteren Ländern aufzunehmen, darunter Rumänien und Bulgarien. Angesichts der anstehenden EU-Erweiterung und auch der Vertiefung der Integration sprach Gerhards (2000: 278) von einer defizitären öffentlichen Informationsvermittlung über die Erweiterung und deren Folgen für die Bürger der Mitgliedsstaaten der EU. Er konstatierte eine nationale Verhaftung der medialen Öffentlichkeit am Beispiel Deutschlands, aus der eine „Inkongruenz zwischen einer Europäisierung politischer Entscheidungen einerseits und einer medialen Darstellung und Vermittlung europäischer Politik andererseits“ resultierte (ebd.: 299).

Ausgehend von dieser Inkongruenz und dem damit beklagten Öffentlichkeitsdefizit europäischer Politik in Deutschland analysiert dieser Beitrag die Europäisierungsprozesse in zwei deutschen Qualitätszeitungen. Dafür wird eine Argumentanalyse über ausgewählte EU-Beiträge zu zwei Beitrittszeitpunkten in den Jahren 2004 und 2007 durchgeführt. Nur wenn die EU-Beiträge auch von einer Europäisierung der öffentlichen politischen Kommunikation begleitet werden, erhöhen sich die Aussichten für staatsbürgerliche Partizipation und Demokratie in Bezug auf Europa. In der Medienöffentlichkeit vollzieht sich dabei öffentliche Kommunikation aufgrund ihrer Institutionalisierung am folgenreichsten. Sie erreicht ein mehr oder minder dauerhaftes Publikum und somit potenziell alle Mitglieder der Gesellschaft (Schulz 1997: 95). Deshalb kann die Analyse der Berichterstattung Hinweise auf den bestehenden Grad der Europäisierung

bzw. auf Entwicklungen im Zeitverlauf geben. Die thematische Auswahl der EU-Osterweiterung bietet sich deshalb an, weil es sich um eines der zentralen europapolitischen Themen der vergangenen Jahre handelt, das zudem längerfristig aktuell ist. Zudem gibt es dazu kaum Analysen (z. B. van de Steeg 2002, 2003). Dies ist deshalb erstaunlich, weil die zunehmende EU-Skepsis der deutschen Bevölkerung mit der fortschreitenden EU-Erweiterung einhergeht.¹

Nachfolgend lege ich einen diskurstheoretisch bestimmten Öffentlichkeitsbegriff zugrunde, um die Europäisierung des EU-Beitrittsdiskurses als prozessuales, graduelles und multidimensionales Phänomen zu erfassen. So begegne ich dem von Latzer / Saurwein (2006: 19) konstatierten Defizit, dass „mehrdimensionale, differenzierte Analyse-Designs [...] in der Forschungspraxis selten“ sind, und halte mich an Neidhardts (2006: 55) Vorschlag, zunehmend voraussetzungsvollere Informations-, Diskurs- und Solidaritätsebenen europäischer Kommunikation zu unterscheiden. Zudem erfasse ich, inwiefern ideologische Segmentierungen innerhalb der deutschen Medienöffentlichkeit ein Mehr oder Weniger an Europäisierung hervorbringen.

2. Theoretische und empirische Dimensionen europäischer Öffentlichkeit

Die Bestimmung des Öffentlichkeitsbegriffs erfolgt in der Literatur üblicherweise auf der strukturellen und der normativen Dimension (z. B. Thomaß 2004). In struktureller Hinsicht wird zwischen der Entstehung einer paneuropäischen Öffentlichkeit und der Europäisierung von nationalen Öffentlichkeiten unterschieden. Nachfolgend verorte ich Europäisierungsprozesse auf der nationalen Ebene, weil diese Perspektive empirisch wahrscheinlicher ist (dazu ausführlich Gerhards 1993). Damit verstehe ich Öffentlichkeit als „Netz für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen“ (Habermas 1992: 436) bzw. als Vernetzung nationaler Öffentlichkeitsarenen. Zudem beschreibt Neidhardt (1994) drei Funktionen im Rahmen eines Öffentlichkeitskonzepts: Input (Informationssammlung), Throughput (Informationsverarbeitung) und Output (Informationsanwendung), aus denen sich verschiedene normative Ansprüche an öffentliche Diskurse ableiten. Mit Habermas gehe ich von einem Öffentlichkeitsbegriff aus, der die Relevanz aller drei normativen Funktionen betont. Dabei verwende ich sein Modell als „Heuristik“ (Peters 1994). Aus den normativen Ansprüchen leite ich die drei Konstrukte „Mediale Sichtbarkeit“, „Diskursive Interaktion“ und „Diskursive Qualität“ ab, um den deutschen Diskurs über ausgewählte EU-Beiträge von 2003/04 und 2006/07 empirisch zu fassen. Da bei normativen Referenzpunkten leicht die Gefahr besteht, dass die Wirklichkeit am normativen Ideal scheitert (Eder / Kantner 2000: 326), sind empirische Maßstäbe wie zeitliche Entwicklungen und intermediale Vergleiche sinnvoller. Was die Prozesshaftigkeit angeht, so bilden die EU-Osterweiterungsrunden nur zwei Momentaufnahmen innerhalb einer kurzen Zeitspanne von zweieinhalb Jahren ab. Dementsprechend sind die Ergebnisse in längerfristig angelegte Untersuchungen einzuordnen (z. B.

1 Daten des Politbarometers vom Dezember 2002 zeigen, dass die deutsche Bevölkerung zwar mehrheitlich für die Aufnahme Polens und Tschechiens in die EU war, jedoch nicht für die Aufnahme Rumäniens und Bulgariens. Eine weitere Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen vom November 2006 belegt zudem, dass die Akzeptanz der Deutschen für die Europäische Einigung im Zeitverlauf bis 2006 zurückging und ihnen das Tempo der Einigung zu schnell war, so dass hier von gestiegener EU-Skepsis der deutschen Bevölkerung zwischen den zwei Beitrittszeitpunkten auszugehen ist. S. www.aillyacum.de/Dt/Wahlen-Deutschland/Umfragen/Links-Frust.html [25.5.2008] sowie www.bankenverband.de/pic/artikelpic/112006/20061117_Umfrage_Europa.pdf [25.5.2008].

Brüggemann et al. 2006). Intermediale Vergleiche sind außerdem notwendig, weil es nicht *die* nationale Medienöffentlichkeit gibt. Stattdessen existieren u. a. politische Segmentierungen, die Massenmedien aufgrund eigener Selektions- und Verarbeitungsmechanismen konstruieren (Schulz 1997: 104, Eilders / Voltmer 2003, Peters 1994). Als Indikator für politische Segmentierung gilt die redaktionelle Linie von Massenmedien, mit der möglicherweise ein höherer oder geringerer Grad an Europäisierung einhergeht.

2.1 Mediale Sichtbarkeit

Liberal-repräsentative Demokratietheorien betonen nur die Inputseite von Öffentlichkeit. Voraussetzung für die demokratische Grundordnung ist danach lediglich, Vertreter des politischen Systems in der Öffentlichkeit mit ihren Themen und Meinungen zu Wort kommen zu lassen. Damit soll zum einen Transparenz über politische Prozesse hergestellt, zum anderen Kontrolle über politische Akteure ausgeübt werden. Öffentlichkeit dient als Sphäre, in der politische Meinungen artikuliert und debattiert werden (Prinzip der Publizität). Das Volk beobachtet die politischen Handlungen und legitimiert sie durch entsprechende Wahlentscheidungen. (z. B. Gerhards 1997, Neidhardt 1994) Am Beispiel des Beitrittsdiskurses hieße das, das Publikum bzw. die potenziellen Wähler mit verschiedenen Erfahrungen und Perspektiven auf die Beitritte zu konfrontieren. Auf dieser Basis wählen sie auf nationaler Ebene diejenige deutsche Partei, die sich auf europäischer Ebene für entsprechende Probleme und Positionen zur EU-Erweiterung einsetzt. Aus verschiedenen Gründen kann aber die Selektion von Themen, Akteuren, ihren Relevanzgesichtspunkten sowie den damit verbundenen Meinungen auch zu Verzerrungen und Einseitigkeiten führen (Peters 1994, Hagen 1992). Die Transparenzfunktion kann also normativ nicht sichergestellt, sondern nur anhand empirischer Vergleichsmaßstäbe eingeschätzt werden.

Empirische Analysen europäischer Öffentlichkeit in dieser Tradition fragen nach *massenmedialer Sichtbarkeit* der EU bzw. ihrer zentralen politischen Akteure, nach europapolitischen Themen sowie nach medialen Strukturbedingungen, die diese Sichtbarkeit fördern oder hemmen (Latzer / Saurwein 2006: 13). Koopmans / Erbe (2004) unterscheiden zwei Dimensionen medialer Sichtbarkeit: horizontale und vertikale Europäisierung. *Horizontale Europäisierung* meint die gegenseitige Beobachtung verschiedener nationaler Öffentlichkeiten. Für den deutschen EU-Beitrittsdiskurs ist also zu prüfen, ob die Beitrittsstaaten oder deren politische Akteure die gleiche Chance haben, am Diskurs teilzuhaben wie Deutschland bzw. deutsche Politiker. Feingliedriger als z. B. Brüggemann / Kleinen-von Königslöw (2007: 9), die (1) nach dem hauptsächlichen Vorkommen anderer EU-Staaten und (2) nach dem Umfang (direkt oder indirekt) zitierter Akteure anderer EU-Länder fragen, verwende ich zwei Indikatoren für horizontale Europäisierung:

- die Häufigkeit des Auftretens von Politikern der vier Beitrittsländer,
- die Häufigkeit von Argumenten aus beitriffsstaatlicher Perspektive.

Unter *vertikaler Europäisierung* ist der Bezug von Nationalstaaten zur europäischen Ebene zu verstehen. Das heißt, inwiefern sind im untersuchten Beitrittsdiskurs auch europäische Sichtweisen und Akteure medial sichtbar? In Anlehnung an Brüggemann / Kleinen-von Königslöw (2007: 9), die vertikale Europäisierung mittels (1) Nennung von EU-Institutionen und (2) EU-Politik als Hauptthema des Artikels messen, verwende ich wiederum auf Argumentebene drei Indikatoren:

- die Häufigkeit des Auftretens europäischer Akteure in der Berichterstattung,
- die Häufigkeit der Argumente aus europäischer Perspektive,
- die Häufigkeit von Argumenten, die auf die EU als Ganzes bezogen sind.

Von zunehmender Europäisierung spreche ich dann, wenn beitriffsstaatliche / europäische Akteure bzw. Sichtweisen vom ersten zum zweiten Beitrittspunkt medial sichtbar werden. Mögliche Asymmetrien in der Sichtbarkeit sind möglicherweise auf mediale Unterschiede zurückzuführen (Peters 1994: 59ff., Hagen 1992). Normativ betrachtet, halten zwar Peters / Wessler (2006: 133) die Dimension horizontaler Europäisierung für die bedeutsamere von beiden, „weil Meinungen und Entscheidungen in anderen Mitgliedsstaaten über den supranationalen Nexus der EU für das eigene Land reale Folgen haben können und deshalb auch öffentlich reflektiert werden sollten“. Aber empirische Befunde langfristig angelegter Studien belegen Europäisierung eher auf der vertikalen als auf der horizontalen Dimension (Brüggemann et al. 2006).

2.2 *Diskursive Interaktion*

Partizipative und diskursive Öffentlichkeitsvorstellungen betonen neben der Voraussetzung, dass alle Akteure und Meinungen im Diskurs abzubilden sind, vor allem die Verfahren zur Meinungs- und Willensbildung (= Throughput-Prozess) (Jarren / Donges 2002). Politische Legitimität wird erreicht, indem möglichst große Teile der Regierten am öffentlichen Diskurs partizipieren und möglichst miteinander interagieren (Gerhards 1997: 12). Neidhardt (1994) unterscheidet dabei zwischen Verlautbarungs-, Agitations- und Diskursmodell. Im Verlautbarungsmodell artikulieren die Akteure ihre Interessen, ohne Dialog herzustellen. Im Agitationsmodell reagieren die Akteure aufeinander, aber ohne Verständigungsabsicht. Nur im Diskursmodell setzen sich die Sprecher mit ihren Gegnern argumentativ auseinander, wobei Tobler (2006: 117) im Diskursmodell weitergehend zwischen Argumentations-, Sprecher- und Arenenreferenzialität differenziert. Das Kriterium medialer Aufmerksamkeit von Sprechern und ihren Themen wird auf dieser Ebene ergänzt um die Frage transnationaler bzw. diskursiver Interaktionsstrukturen im Beitrittsdiskurs. Die Anforderungen und damit auch die Operationalisierungsvorschläge solcher Austauschbeziehungen variieren je nach Anspruchsniveau. Da dieser Beitrag auf einen Teil der deutschen Medienöffentlichkeit fokussiert, wird der Netzwerkgedanke von Öffentlichkeit darüber realisiert, ob und inwieweit die Berichterstattung der untersuchten Qualitätszeitungen offen für Diskursbeiträge der Beitrittsstaaten und der europäischen Ebene ist.

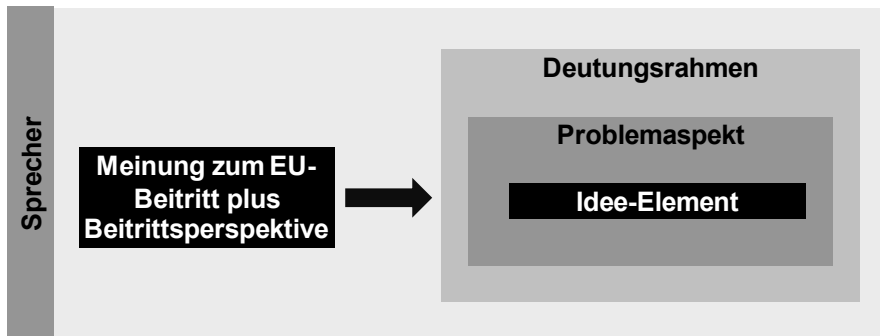
Der erste Indikator beruht auf der wechselseitigen Wahrnehmung von Akteuren zwischen den europäischen Staaten und zur EU über die *kommunizierten Inhalte*. Dies kommt der von Tobler genannten Argumentationsreferenzialität nahe, verlangt allerdings keine direkten Kommunikationsbezüge. Für den Beitrittsdiskurs ist zu klären, ob die Akteure der Beitrittsstaaten bzw. Europas in den deutschen Medien „zur gleichen Zeit die gleichen Themen unter gleichen Relevanzgesichtspunkten“² diskutieren (Eder / Kantner 2000: 81). Dies tangiert in dieser Untersuchung nicht die Frage von Aufmerk-

2 Einschränkung muss zu Eder / Kantners (2000) Operationalisierungsvorschlag hinzugefügt werden, dass Habermas (1996: 146) sich nur einmal auf Relevanzgesichtspunkte bezieht, während er an anderen Stellen von einer politischen Öffentlichkeit spricht, „die es den Bürgern ermöglicht, zur gleichen Zeit zu gleichen Themen von gleicher Relevanz Stellung zu nehmen“ (z. B. S. 190).

samkeits- bzw. Themenkonvergenz³, sondern den Aspekt der Deutungskonvergenz. Dabei geht es um übereinstimmende Problemdeutungen zu einem Thema, z. B. die EU-Beitritte, bei durchaus kontroversen Meinungen. Allerdings bezweifeln Peters / Wessler (2006: 134), dass mit der parallelen Diskussion gleicher Themen auch eine Konvergenz von Relevanz Gesichtspunkten und Rahmungen einhergehen muss. Sie warnen vor normativ überzogenen Vorstellungen diesbezüglich. Alternativ plädieren sie für Vollständigkeit in Bezug auf präsenste Relevanz Gesichtspunkte oder Rahmungen, um Meinungsbildung zu ermöglichen.

Wie lassen sich Problemdeutungen nun erfassen? Mit Gamson (1992) verstehe ich sie als verkürzte Argumente bzw. Idee-Elemente, die Meinungen zu EU-Beitritten aus einer bestimmten nationalstaatlichen bzw. supranationalen Perspektive heraus nahelegen. Idee-Elemente sind nach Gamson kleinste Einheiten medialer Diskurse. Sie entsprechen den von Eder / Kantner (2000: 316f.) eingeführten Relevanz Gesichtspunkten und liegen unterschiedlichen Meinungen zu den EU-Beitritten zugrunde. Gleichzeitig sind diese Idee-Elemente in übergeordnete Problemaspekte und Deutungsrahmen⁴ eingebettet (vgl. Abb. 1; Wessler 1999). Erst die Verbindung aus Meinung zum EU-Beitritt und begründendem Idee-Element bzw. Relevanz Gesichtspunkt ergibt ein vollständiges Argument. Solche Argumente, die in übergeordnete Deutungsebenen eingebettet sind, werden zudem von bestimmten Sprechern bzw. Sprechergruppen hervorgebracht. Anhand dieser Analysemerkmale lässt sich der Mediendiskurs zu den vier EU-Beitritten als mehrdimensionaler und gradueller Prozess untersuchen.

Abb. 1: Analysestrategie des Diskurses



3 Unter Aufmerksamkeitskonvergenz wird die länderübergreifende Thematisierung gleicher Themen zur gleichen Zeit verstanden (Saurwein et al. 2006: 18). Sie wird in diesem Beitrag unterstellt, weil sich alle Analysen nur auf das Thema „EU-Beitritte“ beziehen.

4 Die Problemaspekte und Deutungsrahmen sind dem Euromanifesto Coding Scheme (EMCS) entnommen, das als MZES Working Paper 64, Mannheim 2003 unter www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp-64.pdf [12.7.2007] verfügbar ist. Es handelt sich um folgende Deutungsrahmen: Außenpolitik, Freiheit und Demokratie, Politisches System, Wirtschaft, Wohlfahrtsstaat und Lebensqualität sowie Gesellschaft und Soziale Gruppen.

Nachfolgend erfasse ich (1) die thematische Verschränkung zwischen den verschiedenen medialen Arenen darüber, ob deutsche, beitriffsstaatliche und europäische Politiker⁵ ähnliche Problemdeutungen vornehmen. Damit werden nur die Deutungen einer speziellen Sprechergruppe einbezogen, der vermachteten Öffentlichkeit (Habermas 1992: 453). Weiterhin werden (2) die verschiedenen Zeitungen in Bezug auf ihre Deutungskonvergenz verglichen, denn eine politisch segmentierte bzw. unvollständige Diskursführung ist wenig voraussetzungsreich für einen integrierten nationalen Kommunikationsraum (Tobler 2006). Schließlich wird untersucht, inwiefern (3) die jeweiligen Beitrittsdiskurse über den Zeitverlauf hinweg stabile Problemdeutungen aufweisen, auf denen kritische oder befürwortende Meinungen zu den Beitritten aufbauen. Mangelnde Vollständigkeit oder gar Konvergenz in den Deutungen und Relevanzgesichtspunkten könnte verschiedene Ursachen haben: (a) spezifische Problemlagen in den Beitrittsländern bzw. PR-Kampagnen der jeweiligen Beitrittsstaaten von politischer oder zivilgesellschaftlicher Seite, (b) spezifische Problemsichten der EU-Institutionen oder (c) innenpolitisch jeweils anders gelagerte Prioritäten zu beiden Beitrittszeitpunkten. Sie lassen sich an dieser Stelle nicht klären, wenngleich mit den länderspezifischen Relevanzgesichtspunkten ein entscheidender Einwand gegen die Vollständigkeitsforderung von Rahmungen und Idee-Elementen angesprochen ist (Peters / Wessler 2006: 134, 137).

Normativ wünschenswerter als die Konvergenz von Deutungsmustern im EU-Erweiterungsdiskurs ist der Aspekt diskursiver Verflechtung, d. h. Argumente sollten nicht nur thematisch parallel genannt, sondern gruppenübergreifend ausgetauscht werden. Der Grund liegt darin, dass die Ausübung überstaatlicher politischer Herrschaft einer Legitimation bedarf, die „auf einen realen Meinungsaustausch, auf einen Fluss von Ideen oder Argumenten über die Grenzen nationaler Öffentlichkeiten hinweg angewiesen ist“ (Peters / Wessler 2006: 137). Deshalb fokussiere ich mit dem zweiten Indikator auf die *wechselseitige Interaktion der Akteure*. Empirisch ließ sich die Sprecherreferenzialität bisher sowohl im nationalen (z. B. Gerhards 1997, Wessler 1999) als auch im transnationalen Kontext (Wimmel 2004; Pfetsch / Koopmans 2006) kaum belegen. Peters / Wessler (2006: 141f.) begründen dies mit dem hohen Ausgangsniveau diskursiver Verflechtung in der Berichterstattung nationaler Qualitätszeitungen. Tobler spricht dagegen von geringen inhaltsanalytischen Referenzialitätswerten. Er nennt als Grund dafür die anders geartete Wettbewerbslogik im Mediensystem (Tobler 2006: 117, FN 11). Dem lässt sich hinzufügen, dass auch die journalistische Recherchelogik nicht der normativ gebotenen Sprecherreferenzialität entspricht. Deshalb operationalisiere ich Interdiskursivität im deutschen Beitrittsdiskurs nicht über eine wie auch immer geartete Referenz, erfasse aber auch nicht nur das einfache Vorkommen ausländischer Akteure (Eilders / Voltmer 2003: 255). Stattdessen operationalisiere ich sie – orientiert am Verlautbarungsmodell – über die Anzahl der Wechsel von deutschen und beitriffsstaatlichen / europäischen Akteuren im Beitrittsdiskurs⁶. Diese Wechsel verrechne ich zu einem *Interaktionsindex* auf Ebene des Artikels. Zunehmende Interaktion vom ersten zum zweiten Bei-

5 Der Datenerhebung lag ursprünglich eine andere Fragestellung zugrunde. Deshalb wurde die Nationalität bzw. die Funktion nicht für alle Akteursgruppen erhoben, so dass ich die Deutungskonvergenz nur für politische Akteure untersuchen kann, nicht aber für Akteure der Zivilgesellschaft. Indem ich die gemeinsamen Relevanzgesichtspunkte von deutschen, beitriffsstaatlichen und europäischen Politikern untersuche, unterstelle ich neben Aufmerksamkeits- bzw. Themenkonvergenz auch Sprecherkonvergenz (Tobler 2006: 116).

6 Aufgrund der vorhandenen Datenlage untersuche ich wiederum nur politische Sprecher, wenngleich auch für Sprecher der Zivilgesellschaft der Anspruch auf diskursive Interaktion gilt.

trittszeitraum könnte so mit besserer Integration der genannten Sprechergruppen einhergehen und für zunehmende Europäisierung sprechen.

2.3 Diskursive Qualität

Deliberative Demokratietheorien fordern zusätzlich, dass das politische System und seine Entscheidungsträger möglichst eng an die öffentliche Meinung zu binden sind, wobei öffentliche Meinung als das Ergebnis des öffentlichen Diskurses verstanden wird (Jarren / Donges 2002: 116). Kollektive Meinungsbildung über die EU-Beitritte sollte sich demnach im Diskurs herausbilden. Der Fokus liegt also auf der Output-Orientierung von Öffentlichkeit, wobei sich auf Basis ähnlicher bzw. vollständig artikulierter Problemdeutungen im Ergebnis diskursiv geprüfter Meinungskonsens (Gerhards 2002: 139) oder koordinierter Meinungsdisens (Eder / Kantner 2000: 308) herausbilden kann. Solche Anforderungen an diskursive Qualität operationalisiere ich über zwei Indikatoren (Habermas 1992, Gerhard 1997):

- eine begründete Argumentation zu den anstehenden EU-Beitritten und
- eine ausgewogene Argumentation.

Die erste Anforderung erfasse ich darüber, wie häufig Meinungen zu EU-Beitritten argumentativ begründet werden, denn nur aufgrund begründeter Kommunikation lassen sich Entscheidungen fundieren. Neben der *argumentativen Begründung* sollte die Argumentation auf Artekelebene auch *ausgewogen* sein. Dieser Anspruch ist innerhalb der Diskursarena zu fordern, weil Diskussionen gegenseitiges Verständnis erreichen sollen. Unterschiedliche Sichtweisen in Artikeln, die Argumente und Gegenargumente berücksichtigen, können festgefahrene Meinungen aufweichen und die Diskursqualität verbessern. (Saurwein et al. 2006: 14)

Allerdings ist zu fragen, inwieweit sich die diskursive Qualität innerhalb dieses kurzen Untersuchungszeitraumes verändern kann. Beide Qualitätsindikatoren lassen sich auch als journalistische Selektions- und Verarbeitungskriterien verstehen und sind damit als längerfristig stabil einzuschätzen. Dennoch könnten Veränderungen in die eine oder andere Richtung denkbar sein. Zunehmende Ausgewogenheit im Zeitverlauf der zwei Beitrittszeitpunkte kann entweder weniger negative (zunehmende positive) oder weniger positive (zunehmende negative) Berichterstattung über die EU-Beitritte bedeuten. Veränderungen der ersten Art ließen sich mit erfolgreich verlaufenen Lernprozessen begründen, aus denen eine Art Euphorie für die zweite Erweiterungsrunde resultiert. Veränderungen der zweiten Art könnten einerseits auf negative Erfahrungen der ersten EU-Osterweiterungsrunde zurückzuführen sein, andererseits aber auch spezifische Skepsis gegenüber den Beitrittskandidaten Rumänien und Bulgarien ausdrücken, deren EU-Mitgliedschaft von Seiten der EU als problematischer eingeschätzt wurde als die der ersten Erweiterungsrunde.

Auf Basis der eben erläuterten Annahmen zur Europäisierung des deutschen Beitrittsdiskurses ergeben sich folgende *Forschungsfragen*:

- *Mediale Sichtbarkeit*: Stellen die ausgewählten deutschen Qualitätszeitungen Bezüge zu anderen Beitrittsländern bzw. zur supranationalen Ebene her? Gibt es Veränderungen zwischen den Beitrittszeitpunkten? Unterscheiden sich die untersuchten Zeitungen in ihrer Darstellung?
- *Diskursive Interaktion*: Inwieweit werden beitriffsstaatliche bzw. europäische Politiker in den deutschen Beitrittsdiskurs integriert? Konvergieren die Deutungen im Diskurs über die EU-Osterweiterung zwischen Politikern verschiedener Länder und Politikebenen oder über die Beitrittswellen hinweg? Gibt es Zeitungsunterschiede?

- *Diskursive Qualität*: Wie rational und ausgewogen berichten die Medien über den Diskurs der EU-Beitritte? Gibt es zeitliche Veränderungen?

3. Anlage der Studie

Die jüngsten zwei Erweiterungsrounds der EU fanden am 1. Mai 2004 und am 1. Januar 2007 statt. Von den zehn Beitrittsländern 2004 wurden Polen und Tschechien ausgewählt, weil sie erstens als Nachbarländer die umfangreichste Berichterstattung erhielten (Kalantzi 2004: 184) und gleichzeitig kulturell ähnlich zu den Beitrittskandidaten von 2007 sind (Gerhards / Hölscher 2006). Diese Auswahlkriterien könnten zwar die Analyseebene „Mediale Sichtbarkeit“ positiv beeinflusst haben, müssen aber in Kauf genommen werden, um größtmögliche Vergleichbarkeit beider Diskurszeiträume zu erreichen. Aufgrund der zugrunde gelegten Argumentanalyse konnten nur zwei Beitrittszeitpunkte und zwei Medien berücksichtigt werden. Es ist also nicht auszuschließen, dass mögliche Entwicklungen des Europäisierungsgrades themenspezifisch bedingt sind (auch Gerhards 2002: 145). Dementsprechend müssen die Ergebnisse vorsichtig interpretiert werden.

Der *Untersuchungszeitraum* umfasste jeweils fünfeinhalb Monate vor dem Beitrittszeitpunkt und zwei Wochen danach. Für die Analyse wurden die Qualitätszeitungen *Welt* und *Frankfurter Rundschau* (FR) ausgewählt, weil sie als Leitmedien zentral für die deutsche Medienöffentlichkeit sind. Sie nehmen Diskurse aus anderen Öffentlichkeitsarenen auf, filtern sie und bündeln sie zu massenmedial beobachtbaren Kommunikationsereignissen. Dadurch können sie Anschlusskommunikation in anderen Arenen und auf den unterschiedlichen Ebenen des politischen Systems auslösen (Jarren / Donges 2002). Die Auswahl erlaubt zudem, ideologische Segmentierungen in der deutschen Medienöffentlichkeit zu analysieren, weil *Welt* und *FR* an entgegengesetzten Polen des publizistischen Meinungsspektrums in Deutschland stehen (Eilders 2004). Zudem widmen Qualitätszeitungen dem Thema „EU-Osterweiterung“ so viel Aufmerksamkeit, dass sich auch Relevanzgesichtspunkte des Beitrittsdiskurses untersuchen lassen. Allerdings ist auch hier für die Ergebnisinterpretation zu berücksichtigen, dass der ermittelte Grad der Europäisierung medien- bzw. gattungsspezifisch ist. Das *Ressortsample*⁷ beinhaltet den gesamten redaktionellen Teil der jeweiligen Zeitungen, um die thematische Bandbreite zu wahren. Es gehen sowohl tatsachen- als auch meinungsbetonte Darstellungsformen in das Sample ein. Leserbriefe sind allerdings nicht enthalten, weil die Daten ursprünglich einem anderen Zweck dienten. Das *Beitragssample* umfasst nach der Bereinigung in der *Welt* 50 Artikel (2003/04) bzw. 30 Artikel (2006/07), in der *FR* 35 Artikel (2003/04) und 21 Artikel (2006/07). Darin enthalten sind in der *Welt* 290 Idee-Elemente (2003/04) bzw. 236 Idee-Elemente (2006/07) und in der *FR* 252 Idee-Elemente (2003/04) sowie 136 Idee-Elemente (2006/07).

Die Argumentanalyse erfolgte in zwei Schritten. Zuerst wurden alle in der Berichterstattung genannten Begründungen (Idee-Elemente⁸) für die EU-Beitritte qualitativ

7 Die Suchabfrage erfolgte mit der WISO-Datenbank auf www.wiso-net.de/r_presse/presse.ein?WID=51742-7140467-21224_3 [9.5.2007]: 1. Beitrittszeitraum „((EU und Beitritt) oder (EU und Osterweiterung) oder (Europäische Union)) und (Polen/f50 oder Tschechien/f50 oder Tschechische Republik/f50)“; 2. Beitrittszeitraum „((EU und Beitritt) oder (EU und Osterweiterung)) und (Rumänien/f50 oder Bulgarien/f50 not Türkei)“.

8 Beispiel für Idee-Element mit EU-Bezug: So kann der EU-Beitritt eines Landes abgelehnt werden, weil dadurch der EU-Haushalt stärker belastet würde als ohne den jeweiligen Beitritt. Die Perspektive ist auch eine europäische, weil auf deren Haushalt verwiesen wird.

identifiziert (ausführlich bei Wessler 1999: 134f.). Dafür wurde auf Artikel sämtlicher Rubriken des *Spiegels* und der *Zeit* im vergleichbaren Zeitraum zurückgegriffen, weil sie als Wochenzeitungen den öffentlichen Deutungsraum vielfältig abbilden. Alle Idee-Elemente wurden gesammelt, gebündelt und in ihren Abstraktionsniveaus angeglichen. Um der Bündelung der Idee-Elemente zu übergeordneten Problemaspekten und Deutungsrahmen einen theoretischen Rahmen zu geben, wurde auf das „Euromanifesto Coding Scheme“ zurückgegriffen (Faas 2003, Binder / Wüst 2004). Dieses Kategorienschema hat sich bei der Analyse von Europawahlprogrammen bewährt und deckt das vielfältige Spektrum europäischer Themen- und Problemdeutungen ab. Nach der Anpassung und Zusammenfassung einiger Problemaspekte an das eigene Forschungsproblem konnten die qualitativ ermittelten Idee-Elemente 28 Problemaspekten und 7 Deutungsrahmen zugeordnet werden. Das daraus entstandene Codebuch⁹ wurde schließlich standardisiert auf das Textmaterial der *Welt* und der *FR* angewendet. Für jedes Idee-Element (0.81) wurden auch deren Beitrittsperspektive (0.71) und die jeweilige Meinung zum Beitritt (0.88) erfasst. Die zu ermittelnden Urheber der Idee-Elemente (0.81) konnten auch Journalisten sein. Die Reliabilität nach Holsti – jeweils in Klammern hinter den Kategorien – ist zufriedenstellend. Das Identifizieren der einzelnen Idee-Elemente in den Artikeln erreichte lediglich einen Wert von 0.69.

4. Ergebnisse

Die nachfolgenden Ergebnisse stelle ich jeweils für die drei unterschiedlich anspruchsvollen Diskursebenen „mediale Sichtbarkeit“, „diskursive Interaktion“ und „diskursive Qualität“ dar. Dabei steht jede Ebene für ein höheres Anspruchsniveau bezüglich der Europäisierung in der medialen Öffentlichkeit, um einseitige normative Fixierungen zu vermeiden.

4.1 Mediale Sichtbarkeit

Die geringsten Ansprüche an die Europäisierung sind mit der Forderung nach medialer Sichtbarkeit verbunden, wobei höhere mediale Sichtbarkeit vom ersten zum zweiten Beitrittszeitpunkt für zunehmende Europäisierung spricht. Formal lässt sich dies anhand der Wortzahl (Umfang) und der Seitennummer (Platzierung) prüfen. Der Umfang unterscheidet sich nicht signifikant zwischen den zwei Beitrittszeitpunkten (1. Welle: MW=658 Wörter; 2. Welle: MW=603 Wörter; $F=0,246$). Allerdings platzierten die Zeitungen die Beitrittsartikel 2006/07 signifikant weiter vorn als 2003/04.¹⁰ Dieses Präsentationsmerkmal spricht zwar für bessere Sichtbarkeit, die Ursache kann aber auch bei den Beitrittsstaaten selbst liegen.

Die mediale Sichtbarkeit wurde auf den Dimensionen vertikaler und horizontaler Europäisierung untersucht.¹¹ Die *vertikale Europäisierung* zeigte für alle drei Indikato-

9 Das Codebuch kann bei der Verfasserin dieses Beitrags angefordert werden. Es ermöglicht dem Leser, inhaltliche Vorstellungen über die medialen Diskurse der zwei EU-Osterweiterungswellen zu entwickeln.

10 T-Test zur Platzierung (Indikator: Seitennummer) von EU-Beitrittsthemen im Vergleich der Beitrittswellen: EU-Beitritte im Mai 2004: MW=18 und EU-Beitritte im Januar 2007: MW=10 ($F=12,204$, $p<0.01$).

11 Die Interpretation der Ergebnisse erfolgt nur unter Zuhilfenahme von χ^2 -Tests, da die Indikatoren auf Ebene des Idee-Elements nicht unabhängig voneinander erfasst wurden und der Test im statistisch strengen Sinne nicht gültig ist.

ren einen Anstieg von 2003/04 zu 2006/07. Sehr deutlich wird dies bei den „Urhebern“, wo sich der Anteil zitierter EU-Akteure von zwei Prozent (2003/04) auf knapp 13 Prozent erhöhte. Zudem berichteten die Zeitungen 2006/07 zu 27 Prozent aus der EU-Perspektive, 2003/04 nur zu knapp 15 Prozent. Weniger klar zeigten dies die Idee-Elemente mit EU-Bezügen, deren Anteil von 10 auf 14 Prozent gestiegen ist. Der Zeitungsvergleich lässt vorerst keine eindeutigen Schlussfolgerungen über einen unterschiedlichen Europäisierungsgrad zu. Erkennbar ist nur, dass die *Welt* EU-Akteure als Urheber auffallend stärker präferierte als die *FR*. Auch für die *horizontale Europäisierung* zeigte sich in der zweiten Beitrittswelle höhere mediale Sichtbarkeit für Akteure und Perspektiven der Beitrittsstaaten gegenüber der ersten Welle. Der Anteil zitierter Politiker aus den Beitrittsstaaten stieg, wenn auch geringfügig, um anderthalb auf sechs Prozent. Zudem berichteten die Zeitungen 2006/07 acht Prozent häufiger aus der Perspektive der Beitrittsstaaten als 2003/04.¹²

Insgesamt zeigt der Medienvergleich, dass die Zeitungen die zwei Beitrittsdiskurse unterschiedlich konstruierten. Die *Welt* ließ bedeutend mehr deutsche Politiker zu Wort kommen als die *FR*, aber viel weniger beitriffsstaatliche Politiker. Ähnlich sind die Ergebnisse zwischen den Zeitungen hinsichtlich der deutschen vs. beitriffsstaatlichen Perspektive. Die rechtstendenziöse redaktionelle Linie der *Welt* schafft einen geringeren horizontalen Europäisierungsgrad als die *FR*. Für die vertikale Dimension weist die konservative Zeitung einen höheren Europäisierungsgrad auf, da der starke Bezug zu supranationalen Akteuren auch als ethnozentristisch interpretierbar ist. Ethnozentrismus würde hier auf einer höheren Ebene stattfinden und die Trennlinie zwischen alten und neuen Mitgliedsstaaten ziehen statt zwischen eigener und fremder Nation. (Engelmann 2009) Mit Hagen (1992) können wir auch von der Auswahl „opportuner Zeugen“ für den Beitrittsdiskurs sprechen. Nach Eder / Kantner (2000: 313) berichtet die *Welt* eher aus der Teilnehmerperspektive über EU-relevante Inhalte als die *FR*, was ein europäisches Gemeinschaftsgefühl anzeigen könnte. Die hier dargestellten Befunde bestätigen auch Brüggemann / Kleinen-von Königslöw (2007: 22, 24) sowie Eilders / Voltmer (2003: 259, 261). Ungeachtet verschiedener untersuchter Indikatoren, Zeitungen und Untersuchungszeiträume belegen auch sie zunehmende Sichtbarkeit im Zeitverlauf. Diesen geringsten Anspruch an Europäisierungsprozesse erfüllen beide Zeitungen teilweise, die *FR* eher auf der horizontalen Dimension, die *Welt* auf der vertikalen Dimension.

4.2 Diskursive Interaktion

Diskursive Interaktionsstrukturen wurden (1) auf Deutungsebene und (2) auf Akteurs-ebene erfasst. Auf *Deutungsebene* variierten die Relevanzgesichtspunkte der EU-Beiträge zwischen deutschen und beitriffsstaatlichen Politikern, konvergierten aber zwischen deutschen und europäischen Politikern. Auffällige Unterschiede zeigte der Deutungsrahmen „Politisches System“, wobei deutsche Politiker mit 29 Prozent zu Wort kamen, beitriffsstaatliche Akteure dagegen nur zu 8 Prozent. Dieser Rahmen kreiste insbesondere um Aspekte der Korruption und der Effizienz der Verwaltung in den Beitrittsstaaten. Beitrittsstaatliche Akteure werden dagegen zu knapp 40 Prozent im wirtschaftlichen Kontext, z. B. Wirtschaftsförderung oder Fragen der Arbeitsmigration zitiert, deutsche und europäische Politiker dagegen nur zu 18 bzw. 15 Prozent. Dies spricht für die Annahme, dass der medial konstruierte Referenzrahmen deutscher und europäi-

12 Wenn z. B. der EU-Beitritt damit befürwortet wird, dass dadurch für Berlin Standortvorteile in Polen entstehen, wurde eine deutsche Perspektive codiert.

scher Politiker bereits das Resultat längerfristiger kollektiver Lernprozesse ist. Dies ist als Grundlage für die öffentliche Willensbildung zu den EU-Beitritten positiv zu werten, da sich der Diskurs nicht nur über Beobachtung der Entscheidungsträger vermittelt, sondern über gemeinsame Orientierungen.

Tabelle 1: Grad der Deutungskonvergenz im Beitrittswellen- und Medienvergleich

Deutungsrahmen von Idee-Elementen	Beitrittswellenvergleich ^a (in %)		Medienvergleich ^b (in %)	
	2003/04 n=560	2006/07 n=404	WELT n=568	FR n=394
Außenpolitik	7,9	11,9	8,6	10,9
Politisches System	6,4	20,4	12,9	11,4
Wirtschaft	52,1	35,6	50,5	37,6
Wohlfahrtsstaat und Lebensqualität	5,0	4,0	3,7	5,8
Gesellschaft	14,1	11,2	10,4	16,5
Soziale Gruppen	1,4	2,5	1,9	1,8
Meinungen ohne Begründung	13,1	14,4	12,0	16,0
	100,0	100,0	100,0	100,0

a) Chi²-Test für Beitrittswellenvergleich: Chi²=59,42, p<0.001, df=6, 0 Zellen (0,0 %)<5

b) Datenbasis: n=962 Akteure als Urheber von Idee-Elementen mit bis zu 3 Akteuren pro Idee-Element möglich (Ausschluss des Deutungsrahmens „Freiheit und Demokratie“ mit n=2)

Im Vergleich der Beitrittswellen zeigen sich deutliche Differenzen hinsichtlich der Deutungsrahmen (vgl. Tabelle 1) und der darin befindlichen Problemaspekte. So argumentierten die Zeitungen im Falle der Beitritte Rumäniens und Bulgariens bevorzugt unter den Aspekten „Beziehungen zwischen EU und Beitrittsland“ (Rahmen: „Außenpolitik“) und „Politische Korruption“ (Rahmen: „Politisches System“), während sie die Beitritte Polens und Tschechiens bevorzugt in den wirtschaftlichen Rahmen stellten. An dieser Stelle lässt sich aber nur festhalten, dass sich die jeweiligen Beitrittsdiskurse unterscheiden. Ursachen können sowohl bei den Beitrittsländern selbst (Gerhards / Hölscher 2006) als auch bei den EU-Institutionen oder bei innenpolitisch jeweils anders gelagerten Prioritäten liegen.

Auch im Medienvergleich konvergieren die Deutungen nur bedingt. Tabelle 1 zeigt zwar, dass sich die Deutungsrahmen zwischen den Zeitungen proportional ähneln und auch alle Arten von Deutungen insofern öffentlich zirkulieren, als sie in den Zeitungen vorkommen. Aber starke Differenzen zeigten sich bei einzelnen Problemaspekten. Im Deutungsrahmen „Politisches System“ berichtete die *Welt* schwerpunktmäßig über „politische Korruption“, die *FR* dagegen häufiger über die „Effizienz und Umgestaltung der Verwaltung“. Im wirtschaftlichen Rahmen dominierten in der *Welt* Aspekte der „Wirtschaftsförderung und -entwicklung“ sowie der „Geld-, Währungs- und Finanzpolitik“. In der *FR* überwog die „Arbeitsmigration“ über die Beitrittszeitpunkte hinweg. Unterschiedliche Gewichtungen von Deutungen sind mit ideologischen Ausrichtungen der Zeitungen begründbar, können aber die Anschlussfähigkeit des Beitrittsdiskurses erschweren, wenn Problemaspekte nur in einer ideologischen Richtung vorkommen, nicht aber in der anderen.

Tabelle 2: Durchschnittliche diskursive Interaktion von politischen Sprechern im Beitrittswellen- und Medienvergleich

	Beitrittswellenvergleich			Medienvergleich	
	2003/04	2006/07		WELT	FR
Welt ^a	MW=0,30 (n=50) Max.=4	MW=0,57 (n=30) Max.=6	1. Beitrittszeitpunkt ^{d**}	MW=0,30 (n=50) Max.=4	MW=0,63 (n=35) Max.=4
FR ^b	MW=0,63 (n=35) Max.=4	MW=0,95 (n=21) Max.=7	2. Beitrittszeitpunkt ^e	MW=0,57 (n=30) Max.=6	MW=0,95 (n=21) Max.=7
Gesamt ^{c*}	MW=0,44 (n=85)	MW=0,73 (n=51)	Gesamt ^{f**}	MW=0,40 (n=80)	MW=0,75 (n=56)

Datenbasis: n=136 Artikel (pro Artikel wurde ein Interaktionsindex errechnet, der sich aus der Summe der Anzahl der Wechsel von deutschen und beitriffsstaatlichen Urhebern des Idee-Elements ergibt)

* p<0.05, ** p<0.01

a) t-Test: F=2,914, df=78, n.s.

b) t-Test: F=2,511, df=54, n.s.

c) t-Test: F=4,865, df=134, p<0.05

d) t-Test: F=7,095, df=83, p<0.01

e) t-Test: F=2,168, df=49, n.s.

f) t-Test: F=7,409, df=134, p<0.01

Auf *Akteursebene* erfasse ich die diskursive Verschränkung über die Anzahl der Sprecherwechsel von deutschen und beitriffsstaatlichen bzw. europäischen Politikern. Die Anzahl der Wechsel wurde je Artikel zu einem Interaktionsindex aufsummiert.¹³ Die Zeitungen haben die Äußerungen von deutschen und beitriffsstaatlichen bzw. europäischen Politikern in der zweiten Beitrittswelle durchschnittlich häufiger verschränkt als in der ersten Welle (vgl. Tabelle 2). So hat sich die Interaktionsdichte unter den Politikern von 2003/04 zu 2006/07 um durchschnittlich knapp einen halben Wechsel erhöht (p<0.05). Allerdings sind die Unterschiede im Medienvergleich stärker, zumindest zum ersten Beitrittszeitpunkt und im gesamten Medienvergleich (p<0.01). Die *FR* zitiert nicht nur mehr Politiker aus den Beitrittsländern und aus Europa, sondern versteht auch, sie besser mit den Argumenten deutscher Politiker zu verknüpfen. Möglicherweise tragen die linke redaktionelle Linie und eine damit verbundene kosmopolitische Haltung auch zu einem integrativeren Diskurs zwischen den verschiedenen Politikergruppen über die EU-Beitritte bei.

4.3 Diskursive Qualität

Die Qualitätsanalyse stellt die höchsten Anforderungen an diskursive Kommunikationsprozesse. Zwei Kriterien wurden dafür herangezogen.

(1) Die *Rationalität des Diskurses* wurde darüber erfasst, ob die zu Wort kommenden Politiker ihre Meinungen zu den EU-Beitritten auch begründeten. Im Vergleich der drei Politikergruppen – deutsche, beitriffsstaatliche und europäische – begründeten die beitriffsstaatlichen Akteure ihre Meinungen auffallend häufiger als deutsche und europäische Politiker. Möglicherweise lässt sich dies nachrichtenwerttheoretisch damit begründen, dass beitriffsstaatliche Akteure höhere Schwellenwerte benötigen, um zitiert zu

13 Eine weitergehende Gewichtung der aufsummierten Werte Interaktionswerte pro Artikel ist nicht nötig, weil sich die durchschnittlichen Umfänge der Artikel weder zwischen den Zeitungen noch zwischen den Beitrittswellen signifikant unterscheiden.

werden. Im Vergleich der Zeitungen führt die *Welt* einen rationaleren Diskurs über die EU-Beiträge als die *FR*, da sie vier Prozent weniger unbegründete Meinungen über die EU-Beiträge darstellt (vgl. Tabelle 1 siehe Ausprägung „Meinungen ohne Begründung“).

Tabelle 3: Ausgewogenheit der Argumentation im Medien- und Beitrittswellenvergleich

	Beitrittswellenvergleich			Medienvergleich	
	2003/04	2006/07		WELT	FR
Welt ^a	-0,14 (n=50)	-0,37 (n=30)	1. Beitrittszeitpunkt ^d	-0,14 (n=50)	0,89 (n=35)
FR ^b	0,89 (n=35)	0,95 (n=21)	2. Beitrittszeitpunkt ^c	-0,37 (n=30)	0,95 (n=21)
Gesamt ^e	0,28 (n=85)	0,18 (n=51)	Gesamt ^{f*}	-0,23 (n=80)	0,91 (n=56)

Datenbasis: n=136 Artikel

* $p < 0,05$

a) t-Test: $F=0,852$, $df=78$, n.s.

b) t-Test: $F=0,818$, $df=54$, n.s.

c) t-Test: $F=1,216$, $df=134$, n.s.

d) t-Test: $F=3,254$, $df=83$, n.s.

e) t-Test: $F=2,469$, $df=49$, n.s.

f) t-Test: $F=5,177$, $df=134$, $p < 0,05$

(2) Die *Ausgewogenheit* der Positionen wurde ermittelt, indem die Anzahl der Argumente mit negativer Beitrittstendenz von der Anzahl mit positiver Tendenz je Artikel subtrahiert wurde. Negative Werte bedeuten einen Überhang negativer Beitrittsargumente, positive Werte einen Überhang positiver Argumente. Je näher der Wert an Null herankommt, desto ausgewogener ist die Berichterstattung. Unabhängig vom Zeiteinfluss wurde für beide Beitrittszeitpunkte eine ausgewogene bis leicht positive Berichterstattung über die EU-Beiträge festgestellt, die allerdings auf unterschiedlichen Problemdeutungen beruht (vgl. Abs. 4.2). Allerdings zeigen die Meinungen in Tabelle 3 deutliche Unterschiede zwischen den Zeitungen. Die *Welt* berichtete mit einem Differenzwert von -0,23 wesentlich ausgewogener als die *FR* ($MW=0,91$). Dieses Ergebnis spricht also ebenfalls für eine höhere Diskursrationalität in der *Welt*. Unabhängig von der Ausgewogenheit vertreten die Zeitungen unterschiedliche Diskursmeinungen, da die *FR* die Beiträge fast euphorisch positiv sieht. Ursache kann wiederum die redaktionelle Linie sein, da auch inhaltsanalytische Befunde von Europawahlprogrammen deutscher Parteien bestätigen, dass die konservativen Parteien Deutschlands die EU-Osterweiterung kritischer betrachten als die linken Parteien (Binder / Wüst 2004).

Im Vergleich der Sprechermeinungen zeigt sich über die Zeitungen und die Beitrittswellen hinweg, dass die Medien deutsche Politiker eher mit positiver Beitrittsmeinung darstellten ($MW=0,32$), während die europäischen Politiker eher kritisch positionierten ($MW=-0,26$). Beitrittsstaatliche Politiker liegen dazwischen ($MW=0,05$).¹⁴ Dieses Ergebnis verdeutlicht, dass die Medien auf Basis ähnlich berichteter Relevanzstrukturen zwischen deutschen und europäischen Akteuren koordinierten Dissens in den Meinungen herstellten. Dies geht mit Habermas' Verständnis von Diskursivität einher.

14 Dafür wurde eine Varianzanalyse durchgeführt: $F=5,250$, $p < 0,01$, $df=2$. Der Post-Hoc-Test (Scheffé) zeigt signifikante Unterschiede zwischen deutschen und europäischen Akteuren ($p < 0,05$).

5. Schlussbetrachtung

Am Beispiel der zwei EU-Osterweiterungszeitpunkte 2004 und 2007 wurde der Europäisierungsgrad für zwei deutsche Leitmedien untersucht, wobei Europäisierung als prozessuales, graduelles und multidimensionales Phänomen konzeptualisiert wurde. Nachfolgend fasse ich die Ergebnisse für die einzelnen Dimensionen von Europäisierung zusammen, wobei ich nicht nur zeitlich, sondern auch intermedial vergleichend vorgehe. Zudem ordne ich die Ergebnisse zu den Beitrittsdiskursen in eine Studie ein, die längerfristige Europäisierungsprozesse zwischen 1982 und 2003 zu jeweils vier Messzeitpunkten untersuchte (Brüggemann et al. 2006).

Tabelle 4: Ergebnisse der Ebenen, Dimensionen und Indikatoren im Überblick

Zeitvergleich		Medienvergleich	Politikervergleich
1. Mediale Sichtbarkeit			
Umfang	→	=	
Platzierung	↗	=	
<i>Vertikale Europäisierung</i>			
EU-Akteure	↗	≠ zugunsten Welt	
EU-Perspektive	↗	=	
argumentativer EU-Bezug	↗	=	
<i>Horizontale Europäisierung</i>			
beitrittsstaatliche Akteure	→	≠ zugunsten FR	
beitrittsstaatliche Perspektive	↗	≠ zugunsten FR	
2. Diskursive Interaktion			
Deutungskonvergenz	≠	≠	(≠) nur beitriffsstaatliche Akteure
Verschränkung der Akteure	↗	≠ zugunsten FR	
3. Diskursive Qualität			
Diskursrationalität	→	≠ zugunsten Welt	≠ zugunsten beitriffsstaatlicher Akteure
Ausgewogenheit der Positionen	→	≠ zugunsten Welt	≠

≠ Unterschied auf der jeweiligen Vergleichsebene

= kein Unterschied auf der jeweiligen Vergleichsebene

→ keine Veränderung auf der jeweiligen Vergleichsebene

↗ Zunahme auf der jeweiligen Vergleichsebene

Tabelle 4 zeigt, dass in der Prozessperspektive für die zwei Diskursebenen der „medialen Sichtbarkeit“ und der „diskursiven Interaktion“ ein punktuell zunehmender Europäisierungsgrad in den beiden Leitmedien festzustellen ist. Allerdings basieren die Beitrittsdiskurse auf jeweils unterschiedlichen Problemdeutungen, während auf der Meinungsebene Konsens über beide Beitrittszeitpunkte hinweg herrscht. Es gibt also wenig Anzeichen dafür, dass die medialen Beitrittsdiskurse unter ähnlichen Relevanzgesichtspunkten beurteilt wurden. Ob die jeweiligen Argumente aus veränderten innenpolitischen Prioritäten, aus spezifischen Problemlagen der Beitrittsländer oder der EU resultierten, muss dabei offen bleiben. Dass es bei der „diskursiven Qualität“ zwischen erstem und zweitem Beitrittszeitpunkt kaum Unterschiede gab, liegt möglicherweise auch an der Stabilität journalistischer Selektions- und Verarbeitungsroutinen (Peters 1994). Im Abgleich mit den längerfristigen Daten von Brüggemann et al. (2006: 228) scheint sich

für den Beitrittsdiskurs nur auf der „vertikalen Dimension medialer Sichtbarkeit“ ein zunehmender Europäisierungsgrad von 2003/04 zu 2006/07 zu bestätigen. Für die Dimensionen „horizontaler Europäisierung“ und „diskursiver Interaktion“ belegen Brüggemann et al. keinen positiven Europäisierungstrend zwischen 1982 und 2003. Da auch die hier verwendeten Indikatoren für die entsprechenden Analysedimensionen des Beitrittsdiskurses nicht alle in Richtung zunehmende Europäisierung tendieren, lässt sich für diese Dimensionen keine Europäisierung belegen. Einschränkend ist allerdings anzumerken, dass Brüggemann et al. (2006) die nationalen Medienöffentlichkeiten von fünf EU-Mitgliedsstaaten untersucht haben, so dass die spezifischen Veränderungen für die deutsche Medienöffentlichkeit über- oder unterschätzt sein könnten. Bezüglich der Gewichtung einzelner Dimensionen in demokratietheoretischer Hinsicht schätzen Peters / Wessler (2006: 138f.) die Dimensionen „horizontaler Europäisierung“ und „diskursiver Interaktion“ als besonders wichtig ein. Diese Studie kann auf den entsprechenden Dimensionen ungeachtet des Ausgangsniveaus keinen Zuwachs belegen, so dass die Zeitspanne zwischen 2004 und 2007 für Europäisierungsprozesse als zu kurz gelten muss.

Im intermedialen Vergleich zeigt sich, dass die untersuchten Leitmedien keinen einheitlichen Beitrittsdiskurs führten, sondern einen ideologisch gefärbten. Dies bestätigen sowohl die Auswahl der Akteure als auch die jeweilige Verarbeitung der Beitrittsdiskurse, mit denen unterschiedliche Relevanzgesichtspunkte und Meinungen einhergingen. Die ideologischen Unterschiede lassen sich auch anhand analysierter Europawahlprogramme deutscher Parteien validieren (z. B. Binder / Wüst 2004). Für Europäisierungsprozesse auf geringen Anspruchsebenen können ideologische Segmentierungen förderlich oder hinderlich sein, auf höchstem Anspruchsniveau können sie Anschlusskommunikation erschweren. Allerdings wurde mit der redaktionellen Linie nur ein spezieller Aspekt möglicher Segmentierungen des nationalen Beitrittsdiskurses untersucht.

Zur Analyse der Diskurskonstellationen kann die vorliegende Studie nur grobe Hinweise liefern, da nur Politiker als *ein* Typ von Öffentlichkeitsakteuren berücksichtigt werden konnten (vgl. Spalte „Politikervergleich“ in Tab. 4). Auch wenn die Dimension „kollektive Identität“ in dieser Studie nicht explizit einbezogen wurde (dazu z. B. Tobler 2006), zeigen sich immerhin konvergente Problemdeutungen zwischen europäischen und deutschen Politikern, die von politischen Sprechern der Beitrittskandidaten stark abweichen. Möglicherweise geht damit eine entstehende kollektive Identität zwischen den bereits bestehenden EU-Mitgliedsstaaten einher, was aber nicht gesondert zu prüfen war. Einschränkend ist auf die dürftige Datengrundlage zur Analyse der Diskurskonstellationen zu verweisen, die auch keinen Zeitvergleich ermöglichte.

Insgesamt erwies es sich als sinnvoll, eine anspruchsvolle Demokratietheorie und ein entsprechend mehrdimensionales Analyseraster zugrunde zu legen, um Europäisierungsprozesse umfassend zu beurteilen. Nur für die Transparenzfunktion ließ sich eine zunehmende Europäisierung zeigen. Damit ist in demokratietheoretischer Hinsicht nur ein geringer Anspruch eingelöst, der sich entsprechend in den Problemwahrnehmungen und Meinungsbildungen der Bürger niederschlägt, wie eingangs durch Bevölkerungsumfragen illustriert. Allerdings greift diese Studie zu kurz, um Aussagen über Ausmaß und Richtung derartiger Zusammenhänge machen zu können. Erstens spiegeln die untersuchten Zeiträume nur kurzfristige Momentaufnahmen wider, während der Europäisierungsprozess als langfristig zu betrachten ist (Latzer / Saurwein 2006). Zweitens war die Analyse thematisch auf zwei punktuell vorhersehbare Ereignisse beschränkt, die nicht vergleichend zur übrigen Berichterstattung eingeordnet werden können. Drittens war die Medienauswahl auf Qualitätszeitungen beschränkt, was eine gattungsübergreifende Generalisierung verbietet (Peters 1994). Viertens wurden nur Medien der deut-

schen Öffentlichkeit analysiert, so dass manche Dimensionen nur sehr ausschnitthaft zu operationalisieren waren.

Literatur

- Binder, Tanja / Wüst, Andreas M. (2004): Inhalte der Europawahlprogramme deutscher Parteien 1979-1999. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B17, S. 38-45.
- Brüggemann, Michael / Sifft, Stefanie / Kleinen-von Königslöw, Katharina / Peters, Bernhard / Wimmel, Andreas (2006): Segmentierte Europäisierung – Trends und Muster der Transnationalisierung von Öffentlichkeit in Europa. In: Langenbucher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hrsg.): *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 214-231.
- Brüggemann, Michael / Kleinen-von Königslöw, Katharina (2007): ‚Let’s talk about Europe’. Explaining Vertical and Horizontal Europeanization in the quality press. *Transtate Working Papers*, S. 1-34, www.sfb597.uni-bremen.de/pages/pubApBeschreibung.php?SPRACHE=de&ID=68 [15.5.2008].
- Eder, Klaus / Kantner, Cathleen (2000): Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit. In: Bach, Maurizio (Hrsg.): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Sonderheft 40 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 306-331.
- Eilders, Christiane / Voltmer, Katrin (2003): Zwischen Deutschland und Europa. Eine empirische Untersuchung zum Grad der Europäisierung und Europa-Unterstützung der meinungsführenden deutschen Tageszeitungen. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 51, Heft 2, S. 250-270.
- Eilders, Christiane (2004): Von Links bis Rechts – Deutung und Meinung in Pressekommentaren. In: Eilders, Christiane / Neidhardt, Friedhelm / Pfetsch, Barbara (Hrsg.): *Die Stimme der Medien. Pressekommentare und politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 129-166.
- Engelmann, Ines (2009): Frames und Positionen zur EU-Osterweiterung: Eine Argument- und Framing-Analyse ausgewählter EU-Beitritte (erscheint in *Publizistik* Heft 1/2009).
- Faas, Thorsten (2003): Europa, wie es den Bürgern gefällt? Positionen von Wählern, Parteien und ihren Europa-Abgeordneten im Vergleich. In: Brettschneider, Frank / Roller, Edeltraut / Van Deth, Jan (Hrsg.): *Europäische Integration in der öffentlichen Meinung*. Opladen: Leske und Budrich, S. 395-422.
- Gamson, William A. (1992): *Talking Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gerhards, Jürgen (1993): Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. In: *Zeitschrift für Soziologie* 22, Heft 2, S. 96-110.
- Gerhards, Jürgen (1997): Diskursive versus liberale Öffentlichkeit. Eine empirische Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49, Heft 1, S. 1-34.
- Gerhards, Jürgen (2000): Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. In: Bach, Maurizio (Hrsg.): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Sonderheft 40 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 277-305.
- Gerhards, Jürgen (2002): Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeitstheorien. In: Kaelble, Hartmut / Kirsch, Martin / Schmidt-Gernig, Alexander (Hrsg.): *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*. Frankfurt a. M. u. a.: Campus Verlag, S. 135-158.
- Gerhards, Jürgen / Hölscher, Michael (2006): *Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Staates*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1996): *Die Einbeziehung des Anderen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hagen, Lutz (1992): Die opportunen Zeugen. Konstruktionsmechanismen von Bias in der Zeitungsberichterstattung über die Volkszählungsdiskussion. In: *Publizistik* 37, Heft 4, S. 444-460.

- Jarren, Otfried / Donges, Patrick (2002): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung (Band 1: Verständnis, Rahmen und Strukturen). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kalantzi, Martha (2004): Europa in der Tagespresse Deutschlands und Griechenlands – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung. In: Hagen, Lutz (Hrsg.): Europäische Union und mediale Öffentlichkeit. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess. Köln: Herbert von Halem, S. 178-194.
- Koopmans, Ruud / Erbe, Jessica (2004): Towards a European Public Sphere? Vertical and Horizontal Dimensions of Europeanised Political Communication. In: *Innovation* 17, Heft 2, S. 97-118.
- Latzer, Michael / Saurwein, Florian (2006): Europäisierung durch Medien: Ansätze und Erkenntnisse der Öffentlichkeitsforschung. In: Langenbucher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hrsg.): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 10-44.
- Neidhardt, Friedhelm (1994): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In: ders.: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 7-41.
- Neidhardt, Friedhelm (2006): Europäische Öffentlichkeit als Prozess. Anmerkungen zum Forschungsstand. In: Langenbucher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hrsg.): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 46-61.
- Peters, Bernhard (1994): Der Sinn der Öffentlichkeit. In: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 42-76.
- Peters, Bernhard / Wessler, Hartmut (2006): Transnationale Öffentlichkeiten – analytische Dimensionen, normative Standards, sozialkulturelle Produktionsstrukturen. In: Imhof, Kurt / Blum, Roger / Bonfadelli, Heinz / Jarren, Otfried (Hrsg.): Demokratie in der Mediengesellschaft. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 125-144.
- Pfetsch, Barbara / Koopmans, Ruud (2006): Unter falschem Verdacht – Massenmedien und die Europäisierung der politischen Öffentlichkeit in Deutschland. In: Langenbucher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hrsg.): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 179-191.
- Saurwein, Florian / Brantner, Cornelia / Dietrich, Astrid (2006): Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit. Wien: Institut für Kommunikationswissenschaft. Forschungsbericht, S. 1-207, www.univie.ac.at/Publizistik/Europaprojekt/datei/pub/europaesierung-final-rep.pdf [15.5.2008].
- Schulz, Winfried (1997): Politische Kommunikation: theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung zur Rolle der Massenmedien in der Politik. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Thomaß, Barbara (2004): Public Service Broadcasting als Faktor einer europäischen Öffentlichkeit. In: Hagen, Lutz (Hrsg.): Europäische Union und mediale Öffentlichkeit. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess. Köln: Herbert von Halem, S. 47-63.
- Tobler, Stefan (2006): Konfliktinduzierte Transnationalisierung nationaler und supranationaler Öffentlichkeitsarenen. In: Langenbucher, Wolfgang R. / Latzer, Michael (Hrsg.): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 107-130.
- van de Steeg, Marianne (2002): Eine europäische Öffentlichkeit? Die Diskussion um die Osterweiterung der EU. In: *Berliner Debatte* Initial 13, Heft 5/6, S. 57-66.
- van de Steeg, Marianne (2003): Bedingungen für die Entstehung von Öffentlichkeit in der EU. In: Klein, Ansgar / Koopmans, Ruud / Trenz, Hans-Jörg (Hrsg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen: Leske + Budrich, S. 169-190.
- Wessler, Hartmut (1999): Öffentlichkeit als Prozess. Deutungsstrukturen und Deutungswandel in der deutschen Drogenberichterstattung. Opladen u. a.: Westdeutscher Verlag.
- Wimmel, Andreas (2004): Transnationale Diskurse. Zur Analyse politischer Kommunikation in der europäischen Medienöffentlichkeit. In: *Zeitschrift für soziale Beziehungen* 11, Heft 1, S. 7-25.